



Martin Patzelt MdB



Liebe Leserinnen und Leser, die Haushaltswoche war vom Dauerbrenner Flüchtlinge dominiert.

Ich bin sicher, dass unser Land in der Lage ist, diese gewaltige Aufgabe zu meistern. Wir sind die wirtschaftsstärkste Industrienation Europas – wenn wir es nicht schaffen, wer dann? Dabei müssen wir vielleicht auch Ausgaben an anderer Stelle zurückfahren.

Auch heute schon gilt, nicht alles Wünschenswerte und förderwürdige ist finanzierbar. Immer geht es im Haushalt um Prioritäten und der Grundbedarf zum Leben hat nach unserem Grundgesetz und Verständnis menschlicher Werte allererste Priorität. Vor al-

len Dingen aber freut mich die große Hilfsbereitschaft, mit der die von ihrer Heimat entwurzelten Menschen auf unseren Bahnhöfen empfangen worden sind. Es beweist mir, dass eine überwältigende Mehrheit meiner Mitbürger Herz und Hand für das Leid und den Schmerz verfolgter und geschundener Mitmenschen bewegen.

Die Zahl der Menschen, die tatsächlich verfolgt und bedroht sind wird nicht kleiner werden. Deshalb finde ich es beruhigend zu lesen, dass die Mehrheit in unserem Land noch lange nicht der Meinung ist, das Boot sei schon voll. Aber danach fragen die Menschen, die von uns Rettung und Hilfe erwarten nicht. So wird es

in unserem Lande auch et- was enger werden und man- ches wird sich vielleicht än- dern. Das ist in der Weltge- schichte übrigens immer so. Und deshalb sollten wir kei- ne Angst haben sondern die Gewissheit pflegen, dass wir das auch gemeinsam schaf- fen werden.

Laut dem ARD-Deutschland- trend empfinden 61 Prozent der Deutschen die Aufnah- me Zehntausender Flücht- linge nicht als Bedrohung. Genau so ist es. Sie sind nämlich auch eine Bereiche- rung.

Ein angenehme Lektüre wünsche ich Ihnen.

Ihr



Im Gespräch mit Journalisten aus Osteuropa zu politischen Themen.

Nr. 44/18. WP
11. September 2015

„Get together“ beim Stadtfest Eisenhüttenstadt

Zum Stadtfest Eisenhüttenstadt steuerte ich ein zusätzliches Aushängeschild bei: Das "Get together" auf dem Zentralen Platz am 29. und 30. August.

Auf den Picknickdecken und im Zelt kamen Asylsuchende und alteingesessene Eisenhüttenstädter sowie Stadtfestbesucher aus den umliegenden Orten zusammen. Es wurde gespielt, gemalt und sogar getanzt. Unterstützt wurde das „Get together“ von dem Eisenhüttenstädter Ehrenamts-Netzwerk für Flüchtlinge (koordiniert von Tatjana Sosin), Maria Wojtas von der Flüchtlingsberatung der Caritas, Frankfurter Bürgern sowie meinen Mitarbeitern Hanka

Kempe und Dr. Markus Zaplata. Eine besondere Überraschung erlebte eine afghanische Familie, die von einer Eisenhütten-

städterin mit einem köstlichen selbstgekochten Menü verköstigt wurde.



Nachhaltige Schritte in Europas Flüchtlingspolitik



Tag für Tag machen sich mehr und mehr Flüchtlinge auf den Weg nach Europa. In ganz Europa wird heftig über eine neue europäische Flüchtlingspolitik diskutiert.

In diesem Zusammenhang nahm ich am 9. September an der von RBB Inforadio in Kooperation mit der Schwarzkopf-Stiftung organisierten Veranstaltung zum Thema „EU-Asylpolitik“ teil.

Mit dem Vorstandsmitglied von Pro Asyl, Katharina Vogt, dem Botschafter Bulgariens, Radi Naidenov, und dem Deutschland-Korrespondenten der polnischen Nachrichtenagentur PAP, Jacek Lepiarz, diskutierten wir die Frage, ob Europa in der Flüchtlingspolitik versagt hat. Fakt ist, dass die Bereitschaft, Flüchtlinge aufzunehmen, in den 28 EU-Staaten nicht überall gleich ist. Lepiarz konstatierte die Passivität der polnischen Gesellschaft und äußerte sich bezüglich der Verteilung von Flüchtlingen nach dem Quotensystem skeptisch.

Der bulgarische Botschafter sprach der deutschen Gesellschaft und deutschen Politik Respekt für die blitzschnelle und besonnene Reaktion auf den Flüchtlingszustrom aus. Aber Bulgarien, ebenso wie die anderen osteuropäischen Staa-

ten, sei für die Flüchtlinge wegen seiner relativen Armut weniger attraktiv als z.B. Deutschland. Die Besonderheiten der Länder müssten dabei Berücksichtigung finden. Nur in der Kooperation zwischen den EU-Staaten und einer sozio-ökonomischen Harmonisierung sieht auch Vogt die Lösung für dieses wichtige Problem.

Diesen Ansatz kann ich nur unterstreichen. Wir müssen auf praktikable Schritte setzen, statt mit vollmundigen Forderungen auf den großen Wurf zu zielen, um die große Herausforderung in Europa zu bewältigen.

Tipp: Die Veranstaltung wird am 13. September um 11.05 Uhr im RBB Inforadio ausgestrahlt.

Zwei prägende Wochen im Bundestag



Im Rahmen meines Studiums „Sprachen, Kommunikation und Kulturen in Europa“ an der Europa-Universität Viadrina in Frankfurt (Oder) absolvierte ich ein zweiwöchiges Praktikum bei dem CDU-Abgeordneten Martin Patzelt.

Die Arbeit im Bundestag lockte mich schon seit langer Zeit. Vor der Praktikumszeit hatte ich nur allgemeine Vorstellungen von der parlamentarischen Tätigkeit. Deswegen fand ich es besonders interessant, politische Abläufe von innen kennenzulernen.

Nach zwei aktiv mitwirkenden und eindrucksvollen Arbeitswochen im Berliner Büro bin ich zu der Überzeugung gekommen, mein künftiges Leben mit der Politik zu verbinden. Als besonders anspruchsvoll schätze ich die Arbeit der BüromitarbeiterInnen ein.

Schnelle Entscheidungen zu treffen, viele Dinge im Griff zu haben, alles auf dem aktuellsten Stand zu haben, kurzfristige Feinabsprachen mit dem Abgeordneten vorzunehmen – das ist nur ein kleiner Teil der Fähigkeiten, über die wissenschaftliche Mitarbeiter der Abgeordneten verfügen sollen.

Während meines Praktikums bekam ich Einblicke sowohl in die organisatorische als auch in die inhaltliche Arbeit. In dieser kurzen Zeit habe ich auch meinen kleinen Beitrag geleistet, indem ich einen Bericht von der Podiumsdiskussion der Schwarzkopf-Stiftung zum Thema „EU-Asylpolitik“ geschrieben habe. Zudem beschäftigte ich mich mit dem wichtigen Thema „Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden pro Woche“. In der Sitzungswoche begleitete ich Herrn Patzelt auch zum Familien-

ausgang und bekam im Rahmen des sehr guten Praktikantenprogramms die Möglichkeit, die Plenarsitzung von der Besuchertribüne aus zu verfolgen.

Die Führungen durch das Reichstagsgebäude und den Bundesrat sowie Diskussionsrunden mit CDU-Politikern waren für mich sehr erkenntnisreich.

Bei den Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen des Büros Martin Patzelt sowie Herrn Patzelt selbst möchte ich mich ganz herzlich für die nette Zusammenarbeit bedanken. Ein besonderer Dank geht an Maria Blömer, die mich betreute und mir bei Fragen immer geholfen hat.

Oleksii Kysliak

Martin Patzelt, MdB

Mitglied im Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
Mitglied im Ausschuss für Menschenrechte und Humanitäre Hilfe

Büro Berlin

Katja Frenkel
Dr. Maria Blömer
Helmut Uwer

Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel. 030/227 71440
Fax 030/227 76439
martin.patzelt@bundestag.de

Wahlkreisbüro Frankfurt (Oder)

Anna Fabisch
Sophienstr. 41/42
15230 Frankfurt (Oder)
Tel. 0335/276 294 36
Fax 0335/276 294 37
martin.patzelt.ma04@bundestag.de
geöffnet: Die + Do 11-18 Uhr,
Mi 9-16 Uhr

Wahlkreisbüro Eisenhüttenstadt

Dr. Markus Zaplata
Saarlouiser Str. 35
15890 Eisenhüttenstadt
Tel. 0335/276 294 36
Fax 0335/276 294 37
geöffnet: Do 16-18 Uhr

Um diesen Newsletter zu abonnieren, senden Sie uns bitte eine E-Mail an:
martin.patzelt@bundestag.de

www.martin-patzelt.de

Sulzidpräventionsprojekt U 25 verdient Unterstützung

40 junge Menschen des Projekt U 25 haben am Freitag im Deutschen Bundestag über ihre Arbeit und ihre Erfahrungen berichtet.

Wenn professionelle Berater Behandlungen für junge Menschen abbrechen, weil ihnen das Risiko eines Suizids erkennbar wird, dann bleiben diese jungen Helfer im Netz. Sie sind anonyme Gesprächspartner für verzweifelte suizidal bedrohte Altersgefährten, schenken ihnen Ohr und Beistand in verqueren Lebenssituationen. Dadurch retten sie tatsächlich und nachweisbar Leben. 600 junge Menschen unter 25 Jahren sterben jährlich in Deutschland durch ei-



Vertreter der Projektgruppe informieren über ihre Erfahrungen.

gene Hand. Es wären viel mehr, wenn es U 25 nicht gäbe. Grund genug, diese fantastische und professionell durch Caritas begleitete ehrenamtliche Arbeit von Hunderten junger Menschen in Deutschland bekannt zu machen. Der Besuch im Deutschen Bundestag war es alle Male

wert, damit Abgeordnete helfen, den Tod dieses vielerlei Hinsicht hilfreichen Projektes wegen fehlender Finanzierung zu verhindern. Ich erwarte, dass das Familienministerium die zur Fortführung des Projekts fehlenden 160.000 Euro als Überlebenshilfe beisteuert.



Mahnwache „Gemeinsam Suizide verhindern“ im vergangenen Jahr.